

März 2022

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Europas Zeitenwende im Spiegelsaal - Die Versailler Erklärung der EU27

Informelle Tagung der Staats- und Regierungschef vom 10. und 11. März in Versailles

Dr. Hardy Ostry, Jana Bernhardt, Anton Degenfeld, Lena Kromm, Isabell Wiesner

Vom 10. – 11. März 2022 fand das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU unter Vorsitz der französischen Ratspräsidentschaft in Versailles statt. Ursprünglich war das Treffen als Forum zur gemeinsamen Erarbeitung der wirtschaftspolitischen Prioritäten des kommenden Jahrzehnts vorgesehen. Die EU-Spitzen kamen nun zusammen, um über die militärische Invasion Russlands in die Ukraine zu sprechen. Im Fokus des Treffens stand neben dem alles dominierenden Ukraine-Krieg die Stärkung der EU-Verteidigungskapazitäten, die Verringerung der Energieabhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland und der Aufbau einer robusteren wirtschaftlichen Basis.

Situation in der Ukraine

Hintergrund

Mit der russischen Invasion in die Ukraine sind die Grundpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur schwer erschüttert worden, der völkerrechtswidrige Militärangriff des russischen Präsidenten Wladimir Putin hat den Konsens der friedlichen Nachkriegsordnung zerstört. Der Krieg stellt eine Zeitenwende in der internationalen Geopolitik dar, eine Herausforderung auf die der Westen schnell, konsequent und geeint reagierte. Bereits zwei Tage vor der Invasion haben sich die 27 EU-Mitgliedsstaaten, in Reaktion

auf die Unabhängigkeitsanerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk auf ein erstes Sanktionspaket geeinigt. Ein zweites noch weitreichenderes Paket folgte unmittelbar nach Kriegsbeginn, das nur kurze Zeit später durch ein drittes und viertes Paket erweitert wurde. Neben gezielten Sanktionen gegen Einzelpersonen und Unternehmen wurde damit u.a. Russlands Zugang zu den Finanz- und Kapitalmärkten der EU eingeschränkt, alle Vermögenswerte der russischen Zentralbank (CBR) in der Europäischen Union eingefroren sowie eine Luftraumschließung für alle russischen Flugzeuge beschlossen. Ein Teil dieser Sanktionen ergänzt und erweitert die seit 2014 bestehenden EU-Sanktionen, die im Zuge der Krim-Annexion gegen Russland erlassen wurden. Der Ausschluss der Russischen Föderation aus SWIFT gilt bislang jedoch als eine der weitreichendsten Maßnahmen der EU. Auch Belarus, als enger Verbündeter des Kremls wurde zu Beginn der Woche vom internationalen Zahlungssystem ausgeschlossen. Zudem hat Brüssel verschiedene Maßnahmen erlassen, um die Ukraine auf humanitärer, politischer, finanzieller und materieller Ebene zu unterstützen. 500 Mio. € wurden vier Tage nach Kriegsbeginn für die finanzielle und technisch-organisatorische Unterstützung für Waffenlieferungen an die Ukraine im Rahmen eines Beschlusses des Rates über die Un-

terstützungsmaßnahme der abermals aktivierten Europäischen Friedensfazilität (EFF) freigesetzt. Von den freigegebenen Mitteln sollen 450 Mio. € für Waffenlieferungen, darunter Defensiv- und Offensivwaffen (defence and lethal weapons) wie Luftabwehrsysteme, Panzerabwehrwaffen und Munition investiert werden. Weitere 50 Mio. € sind für Treibstoff und Schutzausrüstung bereitgestellt. Daneben haben die EU-Innenministerinnen und Innenminister die Aktivierung der Richtlinie zum temporären Schutz von Geflüchteten aus dem Jahr 2001, die im Zuge der Balkankriege beschlossen wurde, wieder eingesetzt. Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine sollen so schnell und unkompliziert für ein bis zu drei Jahre ohne Asylantrag mit Arbeitserlaubnis und Zugang zu Sozialhilfen in der Union bleiben dürfen.

Entwicklung

Zwei Wochen nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine verurteilten die Staats- und Regierungschefs am ersten Tag des informellen Treffens in Versailles erneut die militärische Aggression des Kremls und den damit verbundenen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. Der Krieg sei nicht nur eine Attacke gegen die Ukraine, so EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Vorfeld des Treffens, sondern „ein Angriff auf die Freiheit der Menschen, ihr eigenes Schicksal zu wählen. Das Prinzip, auf das sich unsere Union stützt“. Der Mut der Ukraineerinnen und Ukrainer, ihr Land und die gemeinsamen Werte der Freiheit und Demokratie zu verteidigen, wurde vor diesem Hintergrund ebenso gewürdigt wie die Bereitschaft der insbesondere an die Ukraine angrenzenden europäischen Länder, Kriegsflüchtlinge in großer Zahl aufzunehmen.

Unterstrichen wurde im Hinblick darauf die Forderung einer zügigen Annahme des Vorschlags von Kohäsionsmittel zugunsten von Geflüchteten in Europa (CARE) und REACT-EU, um weitere Mittel zur humanitären, medizinischen und finanziellen Unterstützung bereitzustellen. Für

das durch den Krieg verursachte unsagbare Leid der ukrainischen Bevölkerung trage Russland und sein „Mithelfer“ Belarus die volle Verantwortung, heißt es in der gemeinsamen Abschlusserklärung. Die Entscheidung des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs, eine Untersuchung gegen die Verursacher des Krieges einzuleiten, wurde daher begrüßt. Die EU-Führungsspitzen forderten zudem, „dass die Sicherung und Sicherheit der kerntechnischen Anlagen der Ukraine unverzüglich mit Unterstützung der Internationalen Atomenergie-Organisation gewährleistet werden“ muss. Ebenso solle Russland „[...] seinen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht uneingeschränkt [...]“ nachkommen und „[...] für einen sicheren und ungehinderten Zugang der humanitären Helfer zu den Opfern und Binnenvertriebenen in der Ukraine [...]“ sorgen; der Zivilbevölkerung, die ausreisen möchte, sei sicheres Geleit zu gewähren.

Wie geeint Europa in diesen Krisenzeiten handelt, betonte auch EU-Ratspräsident Charles Michel im Nachgang des ersten Sitzungstages. „Ich glaube, wir haben Russland überrascht, weil wir entschlossen, stark und geeint waren.“ Jetzt gehe es vor allem darum, gemeinsam zu identifizieren, wie die nächsten Schritte aussehen könnten, um einen positiven Einfluss auf mögliche Friedensverhandlungen zu nehmen, äußerte sich Michel weiter. Was den von der Ukraine beantragten EU-Beitritt im Schnellverfahren angeht, so habe der Europäische Rat die Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa anerkannt und umgehend die Europäische Kommission ersucht, Stellung im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Verträge zu nehmen, heißt es in der Abschlusserklärung.

Kommentar

Der seit dem Ausbruch des Krieges tatsächliche und nicht weniger oft beschworene Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten ist ein deutliches Ausdruck gegenüber Russland: Wo mit-

unter Moskau glaubt, Spaltung und Zwist herbeiführen zu können, begegnete es zumindest bislang einer Europäischen Union, die die gemeinsamen Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität zu verteidigen bereit ist. Das kann und darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass jeder Mitgliedsstaat besondere Interessenlagen hat, die nicht immer mit der anderer kongruent sind.

Die Sanktionen gegen Russland und Belarus wurden aufgrund der anhaltenden Aggressionen gegen die Ukraine erneut ausgeweitet. Belarus, das zwar offiziell noch nicht als Verbündeter des Kremls in den Krieg eingetreten ist, unterstützt die russische Aggression gegen sein Nachbarland anhand von diversen Maßnahmen. Die zuletzt erlassenen Maßnahmen dehnen Exportbeschränkungen für russische Güter auf Belarus aus, um eine Umgehung der Maßnahmen durch Russland zu verhindern. Der Ausschluss Belarus aus SWIFT zielt zudem darauf ab, neben russische auch belarussische Banken von den Finanzmärkten zu isolieren. Diese weiterführenden Maßnahmen reihen sich ein in eine bisher koordinierte, konsequente und einheitliche Sanktionspolitik der EU.

Insbesondere die Medien hatten im Vorfeld Erfolg oder Misserfolg des Gipfels zugespitzt auf die mögliche Perspektive eines Kandidatenstatus für die Ukraine reduziert. Dass es ein „Schnellverfahren“ entsprechend der Verträge nicht geben kann, war bereits weitgehend zuvor bekannt. Wie aber ein möglicher Kandidatenstatus politisch festgestellt werden kann, haben die Staats- und Regierungschefs weder abschließend zugesagt noch abgelehnt. Das mag wiederum viel moralingetränkte und billige Kritik provozieren, war aber aus zwei strategisch-politischen Gründen nicht anders möglich: Zum einen hätte ein solches Schnellverfahren die seit Jahren wartenden Länder des Westbalkans, die nicht allein aus Serbien bestehen, brüskiert. Zum anderen ist vielleicht auch der Moment für diese Perspektive, die insbesondere im Zusammenhang substantieller Gespräche zwischen

der Ukraine und Russland noch gebraucht wird, nicht gegeben. Der zweite Blick auf die Dinge verrät hier oft mehr.

Sicherheit und Verteidigung

Hintergrund

Die berüchtigte Aussage des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, „Europe is in danger“ mochte noch vor einigen Wochen überspitzt geklungen haben. Vor dem Hintergrund des Einmarsches Russlands in die Ukraine, der ungewissen geopolitischen Zukunft – auch mit Blick auf China und das globale Machtverhältnis – scheint die Äußerung spätestens jetzt zutreffender denn je. Vor allem sind die europäischen Werte durch den Angriff Russlands auf die Ukraine auf die Probe gestellt. Borrell verharrte wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron immer wieder auf der Wichtigkeit der Schaffung eines strategisch autonomen Europas und verwies damit auf die mangelnde Handlungsfähigkeit der Europäischen Union auch in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen.

Die verteidigungspolitische Geschichte der EU ist nicht von großem Tatendrang geprägt. Umso willkommener war die im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft lancierte Initiative, ein Instrument zu schaffen, welches zukünftig die Richtung europäischer Verteidigung und Sicherheit weisen sollte. Dieser sogenannte „Strategische Kompass“ war vor Putins Angriffskrieg ausgearbeitet, umfasst vier Kernanliegen, die die EU handlungsfähiger und resilienter zu machen, und wartete nur noch auf die Annahme durch die Staats- und Regierungschefs auf dem Ratsgipfel am 24./25. März. Angesichts jüngster Entwicklungen wird die Dringlichkeit, entscheidende Schritte zum Aufbau der militärischen Souveränität zu gehen, verschärft, der Strategische Kompass wurde entsprechend angepasst. Bei Eingangsstatements am Freitag verwies der Präsident des Rates, Charles Michel darauf, dass die Strategie für ein robusteres, souveräneres und unabhängiges Europa vorangetrieben wer-

den müsse. Außerdem müsse, so Michel, im Bereich Verteidigung und Sicherheit mehr Ehrgeiz entwickelt werden.

Entwicklung

Der Rat hat sich darauf geeinigt, die Verteidigung substantiell zu intensivieren und damit verbundene Fähigkeiten sowie innovative Technologien massiv auszubauen. Konkret bedeutet dies, dass besonders in die Bereiche investiert werden soll, in denen strategische Defizite festgestellt werden konnten. Anreize sollen geschaffen werden für gemeinsame Investitionen und die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsfähigkeiten. Vermehrt investiert werden soll dabei in strategische Grundvoraussetzungen wie die Cybersicherheit und weltraumgestützte sichere Konnektivität.

Es bedarf Fähigkeiten, die zur Durchführung von Missionen und Operationen unerlässlich sind. Die europäische Verteidigungsindustrie soll optimiert werden. Der Rat will die EU für bestehende und neue Herausforderungen rüsten, darunter zunehmende hybride Kriegsführung, Cyberresilienz, Schutz kritischer Infrastruktur und die Bekämpfung von Desinformationen. Zudem sollen die Sicherheits- und Verteidigungsdimension gestärkt werden, darunter bspw. die Raumfahrtindustrie.

Auch soll die militärische Mobilität in der gesamten EU und darüber hinaus verbessert werden. Der Rat fordert die Kommission auf, die Stärkung industrieller und technologischer Basis europäischer Verteidigung voranzubringen. Partner sollen vermehrt über verschiedene Instrumente unterstützt werden, auch mithilfe der aktivierten Europäischen Friedensfazilität (EFF). Der angepasste Strategische Kompass soll dabei Leitlinien bereitstellen, um die gesteckten Ziele zu erreichen, die die europäische Sicherheit und Verteidigung gewährleisten. Weiter heißt es in der Erklärung von Versailles, dass die EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung einen positiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten. Sie will die NATO ergänzen, die für ihre Mitglieder die Grundlage der kollektiven Verteidigung bleibt.

Kommentar

Die Aktivierung der EFF markiert einen radikalen Paradigmenwechsel in der europäischen Verteidigung. Die derzeitige Kriegssituation in der Ukraine ist ein Weckruf, den in der Tat nicht fehlenden Beschlüssen auch Taten folgen zu lassen, Europa handlungsfähiger zu machen. Dennoch musste Macron dabei zusehen, wie sein Vorschlag eines gemeinschaftlichen Verteidigungsfonds bereits vor dem Gipfel am Widerstand seiner Amtskolleginnen und -kollegen zerbrach.

Es bedarf jetzt eines Quantensprungs, Handlungsbereitschaft und -fähigkeit müssen ebenso wie die Widerstandsfähigkeit gestärkt werden. Nicht zu vernachlässigen sind hierbei entlegene Einflussgebiete wie der Welt- und Cyberraum, denn diese bergen ein hohes internationales Konkurrenz- und Konfliktpotential.

Der überarbeitete Entwurf des Strategischen Kompasses, der die europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik maßgeblich stärken und auf den neuesten Stand bringen soll, wurde unabhängig vom Treffen einer erheblichen Überarbeitung unterzogen. Auf dem nächsten regulären Gipfel der Staats- und Regierungschefs soll dieser dann gemeinschaftlich verabschiedet werden. Die Sicherheitsbedrohung durch Moskaus Aggression zieht sich wie ein roter Faden durch die aktualisierte Version. Zudem verkörpert er nun den Sprach- und Strategiewechsel, den die EU seit Russlands Einmarsch in die Ukraine vollzogen hat.

Wenngleich in der Erklärung die vertiefte Zusammenarbeit mit der NATO hervorgehoben wird, sollte die EU in naher Zukunft ihre Rolle in der NATO und den transatlantischen Beziehungen evaluieren. Der französische Präsident plädiert für eine Unabhängigkeit Europas von den USA, was jedoch übereinstimmend nicht einer Abkehr gleichkommen soll, vielmehr geht es darum, die vielbeschworene Komplementarität

von NATO und EU in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen konkreter durchzudenken.

Klima und Energie

Hintergrund

Das bestehende Bestreben der EU, ihre Abhängigkeit von externen Energielieferanten wie Russland zu verringern, hat durch den Krieg einen völlig neuen Stellenwert erlangt. Da dieser eine Neubewertung der bisherigen Maßnahmen zur Sicherung von Europas Energieversorgung erfordert, hat die Kommission am 8. März ihre Pläne eines europäischen Vorgehens für erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie vorgestellt. Darin wird formuliert, dass Europa bis 2030 unabhängig von fossilen Brennstoffen aus Russland, zunächst Gas, werden soll. Mit diesen Maßnahmen reagiert die Kommission auch auf die bereits durch die vorangegangene Energiekrise rasant angestiegenen Energiepreise. Um Europas Versorgung mit Energie zu sichern sowie die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl schrittweise zu beenden, soll die Gasversorgung diversifiziert werden, die Entwicklung erneuerbarer Energien beschleunigt sowie die europäischen Gas- und Stromnetze synchronisiert werden. Mit Hilfe dieser Maßnahmen soll bereits in diesem Jahr die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl um zwei Drittel verringert werden, so Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Diese ehrgeizigen Ziele, die mit Europas Vorhaben der Klimaneutralität bis 2050 Hand in Hand gehen, waren ebenso Teil der vorläufigen Beschlüsse von Versailles und sollten bei der informellen Tagung weiter erörtert werden. Nachdem die USA in der vergangenen Woche einen sofortigen Importstopp für russisches Öl verhängt hatten und Großbritannien dem bis Ende des Jahres gleich tun will, stand diese Maßnahme auch als mögliche Reaktion der EU im Raum.

Entwicklung

Einige Staats- und Regierungschefs, darunter der baltischen Staaten und Polen, erhofften

sich, dass ein Embargo von russischen Öl- und Gasimporten Machthaber Putin zurück an den Verhandlungstisch zwingt und so Aussicht auf eine Beendigung des Krieges besteht. Allerdings konnte eine Einstellung von russischen Öl- und Gasimporten beim Gipfel nicht mehrheitlich beschlossen werden. Laut Bundeskanzler Scholz seien die Staats- und Regierungschefs sich einig, die Energieimporte aus Russland vorerst nicht zu stoppen, sondern weitere Sanktionen zu beschließen, um Russlands Wirtschaft nachhaltig zu schädigen. Insbesondere der lettische Ministerpräsident Krisjanis Karins forderte beim ersten Tag des Treffens ein härteres Vorgehen gegen Russland in Form weiterer Sanktionen. Zusätzlich wurde die Kommission damit beauftragt, bis Ende Mai einen RePowerEU-Plan vorzustellen, der Maßnahmen zur Diversifizierung von Energiequellen, zur Beschleunigung von erneuerbaren Energien, einer Verbesserung der Energieeffizienz sowie eines EU-Notfallplans für die Versorgungssicherheit definieren soll. Darüber hinaus haben die EU-27 beschlossen, weiterhin an den Schwerpunkten ausreichender Gasspeicherkapazitäten, der Optimierung des europäischen Strommarktes sowie der koordinierten Investition in neue Energiesysteme zu arbeiten.

Kommentar

Beim Gipfeltreffen wurden kaum neue Maßnahmen beschlossen, die über die von der Kommission im Vorfeld vorgestellten Pläne oder die vorformulierten Versailler Beschlüsse hinausgehen. Der diskutierte Preisdeckel zum Schutz von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen vor den Preisanstiegen steht nach wie vor als Option im Raum, allerdings konnte hier bisher keine Einigung erzielt werden. Ursula von der Leyen hatte vor dem Gipfel getwittert, dass die EU bereits ab 2027 kein Gas und Öl mehr aus Russland beziehen wolle, drei Jahre früher als zuvor angekündigt. Während diese geplante Beschleunigung der Beendigung von Europas Energieabhängigkeit zunächst positiv erscheint, bleibt dessen Umsetzung abzuwarten. Hinzu

kommt, dass die aktuelle Lage einer *akuten* Reaktion der EU bedarf. Dass die bestehende Abhängigkeit von Russland die Handlungsfähigkeit der EU erschwert, zeigt sich auch darin, dass ein umgehender Importstopp von Öl und Gas nicht beschlossen werden konnte. Die notwendige Einigkeit unter der 27 Mitgliedsstaaten für einen entsprechenden Beschluss herzustellen, war auch aufgrund des Grades unterschiedlicher Abhängigkeiten erschwert.

Wirtschaft

Hintergrund

Nach zwei Wochen des beispiellosen Zusammenhalts – die wirtschaftliche Sanktionierung Russlands betreffend – war absehbar, dass das bereits im Verlauf der Corona-Pandemie mehrmals zur Sprache gebrachte Thema der dringend nötigen Verringerung der europäischen wirtschaftlichen Abhängigkeit auch beim Gipfel in Versailles Bestandteil der Tagesordnung sein würde. Das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs war ursprünglich von der französischen Ratspräsidentschaft als Forum zur gemeinsamen Erarbeitung der wirtschaftspolitischen Prioritäten des kommenden Jahrzehnts vorgesehen, sollte aber nun unter anderem der Erstellung eines unabhängigeren wirtschaftlichen Grundgerüsts der EU dienen. Ebenso sollte vom Gipfel ein Impuls ausgehen, die nationale Finanzpolitik der Mitgliedstaaten an die neue geopolitische Situation anzupassen. Es gehe nun darum, Europas geopolitische Stärke an das europäische wirtschaftliche Potential anzupassen, so der griechische Premierminister Mitsotakis.

Entwicklung

Schon zu Beginn des Gipfels wurde klar, dass die Debatte um eine gemeinsame wirtschaftliche Ausrichtung angesichts der aktuellen Krise eine Vielzahl an unterschiedlichen Vorstellungen und Ideen der Teilnehmer aufnehmen müsste. Der vom Gastgeber des Gipfels, Präsident Emmanuel Macron, eingebrachte Vorschlag einer

gemeinsamen europäischen Investitionsstrategie, die durch die einvernehmliche Emission von Schuldtiteln finanziert werden soll, stieß besonders bei Macrons niederländischem Amtskollegen Mark Rutte auf Ablehnung. Dieser rief dazu auf, zunächst die bestehenden Ressourcen des europäischen Wiederaufbaufonds (*Next Generation EU*) auszuschöpfen. Einem Trend der EU-Ratsgipfel des Vorjahres folgend, kann sich der französische Präsident in dieser Hinsicht auf die Zustimmung des italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi verlassen. Dieser gab zu Bedenken, dass die Staatshaushalte der Mitglieder den Ambitionen der EU nicht gerecht werden könnten. Trotz der Wiederkehr alter und neuer Begehrlichkeiten einiger Mitgliedsstaaten verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs, eine „solide Haushaltspolitik zu verfolgen, die die Finanzierbarkeit der eigenen Schuldenlast gewährleistet“.

Der slowenische Premierminister Janez Janša brachte ins Gespräch, die Mittel des Wiederaufbaufonds dringenderen Prioritäten zuzuteilen, während der kroatische Regierungschef Andrej Plenković bereits von der Möglichkeit eines neuen, durch EU-Schulden finanzierten wirtschaftlichen Wiederaufbaufonds sprach. Der spanische Regierungschef Pedro Sánchez hingegen wies auf die durch den Krieg ausgelöste Gefahr einer Nahrungsmittelkrise hin, und stellte eine mögliche Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (*CAP*) in den Raum. Die Zustimmung zur Freimachung von 600 Millionen Euro an makrofinanzieller Hilfe für die Ukraine erwies sich als weniger kontrovers.

Kommentar

Die in der Abschlusserklärung des Gipfels festgehaltenen Ziele zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten geben ein ambitioniertes Bild ab, decken sich größtenteils mit vielen der bereits im Rahmen der Corona-Pandemie vorgebrachten Vorschläge. So soll ein strategischer Vorrat für kritische Ressourcen angelegt-, und deren Verbrauch durch die Förderung einer Kreislaufwirtschaft verringert werden. Das im

EU Chips Act festgehaltene Ziel, durch eine Erhöhung der europäischen Produktionskapazität von Halbleitern bis 2030 einen Marktanteil von 20 Prozent zu erlangen, wird erneut bekräftigt. Erhöhte finanzielle Investitionen sollen den EU-Raum zudem zu einem Weltführer in der Herstellung von Biomedizin machen. Im Bereich der Digitalen Wirtschaft wird die schnelle Verabschiedung des von der Kommission vorgeschlagenen Digitalpakets (*EU Data Act*, *EU Digital Services Act*, *EU Digital Markets Act*, *EU Artificial Intelligence Act*) in Aussicht gestellt. Auch

im Bereich der Nahrungsmittelproduktion werden Maßnahmen angekündigt, auf die allerdings nicht genauer eingegangen wird. Zuletzt verpflichten sich die Teilnehmer auf eine Reihe von Maßnahmen, die die Attraktivität Europas für privates Investment steigern sollen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry

Leiter

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruesselhardy.ostry@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)